

# Sächsische Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 222.

für Anhalt und Thüringer.

Jahrgang 1909.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 87, Hinterhaus. Telefon 158; Redaktion Telefon 1722. Eing. G. Braunschw. Schriftf. Dr. Walther Gebensleben in Halle a. S.

Zweite Ausgabe

Abendblätter f. d. sächsischen Provinz u. d. Provinz f. Halle u. den Umkreis u. d. Provinz f. Magdeburg am Samstag den 13. Mai 1909. Preis 10 Pf. Anzeigen-Annahme b. d. Expedition in Halle a. S. u. bei allen deutschen Anzeigen-Expeditoren.

Geschäftsstelle in Berlin Dessauerstr. 14. Telefon-Nr. 11 404. Druck und Verlag von Otto Kretzschmar in Halle a. S.

## Deutsches Reich.

Halle a. S., 13. Mai.

### Ächtung: Sand in die Augen!

Das englische Unterhaus hat sich neulich mit der Frage der Verringerung der Ausgaben für militärische Aufstellungen beschäftigt, und die bei dieser Gelegenheit vorgebrachten Verringerungen waren in gewissem Sinne so lehrreich für uns Deutsche, daß wir sie an dieser Stelle nicht unbeachtet lassen wollen. Zunächst ist lobend hervor zu heben, daß ein liberaler Abgeordneter in Bewegung setzte, riefte ihre Spitze gegen Deutschland. Dies bewies namentlich der Satz, daß man die Kriegsausgaben auch dann einschränken könnte, weil England zu Japan und Frankreich besonders gute Beziehungen habe. Mit anderen Worten: Durch jene Allianzen und Freundschaften kann sich England Kombinationen schaffen, die Deutschland auch dann noch überlegen sind, wenn die dieser Kombination angehörigen Mächte das Maß ihrer Streitkräfte verringern sollten. Wahrlich — dringender, als es hier geschieht, kann Deutschland nicht daran gemahnt werden, seine Wehrmacht zu Wasser und zu Lande in dem vollen jetzigen Umfang aufrecht zu erhalten. Auch wenn etwa England und Frankreich sich bereit zeigen sollten, eine Reduktion ihrer Ausgaben für Kriegsausgaben vorzunehmen, so könnte dies für uns noch kein Grund sein, dem gegebenen Beispiel zu folgen. Wir sind und bleiben ein Reich, das an allen seinen Grenzen mehr oder weniger bedroht ist, bzw. bedroht werden kann. Unser Heer und unsere Marine sind berufen, unsere Grenzen gegebenenfalls zu verteidigen, unsere Häfen und Küsten zu schützen. Das Heer und unsere Marine sind die Grundvoraussetzung für den Erfolg zu erfüllen, ist der Grund, weshalb uns niemand angreift, weshalb wir unsere militärische Erweiterung weiter führen, unsere kulturellen Ziele ferner unbehelligt erstreben können. Heer und Marine dürfen also unter keinen Umständen in ihrem Effektivbestand vermindert werden. Und zwar auch dann nicht, wenn England und Frankreich, mit deren unfeindlicher Stimmung gegen uns wir nach wie vor am meisten zu rechnen haben, etwa auf den Gedanken einer Abrüstung kommen und ihr wirklich in die Tat umsetzen sollte. Denn eine Koalition zwischen beiden Mächten, wozu für möglichere Fälle noch Russland und — wer weiß? — auch Italien gelangen könnten, wäre auf alle Fälle numerisch noch stärker als die Streitkräfte, welche Deutschland aufzubringen könnte.

Dieses Bestehen ist in der englischen Unterhaus-Sitzung vom 9. Mai gar zu deutlich ausgedrückt worden, als daß wir uns in Deutschland täuschen lassen könnten. Und wir möchten wünschen, daß gerade der Teil der deutschen Volkvertretung, der im allgemeinen bereit ist, die als notwendig erkannten militärischen Forderungen zu bewilligen, den englischen Wind verfolge. Unser Landwehr ist so qualitativ und quantitativ auf einer Höhe, die es uns nur zur Befriedigung dieser Höhe zu erhalten und den verschiedenen militärisch-technischen Neuerungen unsere Aufmerksamkeit nicht zu verschließen. Aber der Ausbau unserer Marine muß gradatim fortgesetzt werden, wie es dem Maße unserer ferneren wirtschaftlichen Ausdehnung entspricht, und wir werden uns hüten müssen, der gültigen Aufforderung des früheren Reichsministers Balfour nachzukommen, der in der erwähnten Unterhaus-Sitzung meinte, die anderen Mächte (also Deutschland) sollten nur ihre Flotten vermindern. England werde ihrem Beispiele folgen. Auf der künftigen Soaeger Konferenz, an welcher der britische Politiker die Hoffnung knüpfte, daß sie zu einer allgemeinen Abrüstung der militärischen Ausgaben führen könnte, werden wir mit höchstem Eifer teilnehmen und sehen, was andere Mächte vorbringen, um jene philantropische Ansicht zu verwirklichen. Einjwischen möchten wir glauben, daß es weder England noch Frankreich im Ernste einfallt, einen ersten Schritt auf dem Wege der Abrüstung zu tun. Es war ja ein schönes Wort, wenn die britische Regierung über die erwähnte Abrüstungs-Resolution in Unterhaus mit dem Satz quittierte, sie bedeute eine erteilte Anerkennung der öffentlichen Meinung; daß praktisch beinahe diese Worte gar nicht. England wird seine formidabile Flotte behalten und fortgesetzt ausbauen, sie noch weiter auszubauen, und Frankreich wird sich hüten, von seinem wehrhaften Heere auch nur einen Mann zu streifen und von seiner Wehrkraft auch nur ein Gefährliches aufzugeben. Das möge man immer bedenken, und auch in der Richtung nicht gemahnt werden, daß man in Deutschland nicht zu viel Vertrauen in das englisch-deutsche Annäherungsstreben setze. Die Unterhaus-Sitzung vom 9. Mai ließ den Unterton der Deutschfeindschaft gar zu deutlich vernehmen.

\* **Deutscher Südwestafrika.** Wie Reuters Bureau meldet, wird von maßgebender Seite behauptet, daß das am 4. Mai zwischen der deutschen Schutztruppe und Morena stattgehabte Gefecht für britisches Gebiet, der Grenze der Kapkolonie, abgehandelt habe. Die Kapkolonie habe beständig Widerspruch erhoben, der deutsche Befehlshaber habe jedoch nicht darauf geachtet. Zu dieser Meldung bemerkt „B. Z. B.“: Nach

unseren Erkundigungen ist es richtig, daß das letzte Gefecht mit Morena auf britischem Gebiet stattgefunden hat. Von der deutschen Abteilung nach verfolgt, hatte Morena die Grenze mit bewaffneten Drohungen überschritten, und da die Kapkolonie ihn nicht entwarfente und Morenas Rückkehr auf deutsches Gebiet an einem anderen Punkte der Grenze zu erwarten war, so dehnte die Abteilung nach der Verfolgung auf deutsches Gebiet aus. Die deutsche Regierung hat den Vorkämpfer in London angemahnt, zu erklären, daß sie jedes Überretzen deutscher Truppen auf deutsches Gebiet missbilligt und sie in diesem Sinne bereits bei Beginn des Feldzuges dem Truppenkommando erteilten Weisungen nicht überholt hat.

Der Berliner „M.“ berichtet noch zu dem Angelegten: Endlich einmal ist einer Abteilung unserer Schutztruppe in Südwestafrika das Schicksal hoch gewesen und hat ihr den viel gelaudeten und verfolgten Wardenhauer Jakob Morena vor die Gewehre geliefert. Der gewandte Seitenstecher wollte sich auch diesmal wieder, wie schon so oft, über die Grenze in Sicherheit bringen, aber seine Verfolger hielten sich unter diesen Umständen geschickt für berechtigt, das englische Gebiet zu betreten und den Kampf fortzusetzen. Mit welchem Erfolge, darüber berichtet uns nachstehendes Privattelegramm:

London, 12. Mai. Nach einer Meldung der „Times“ aus Kapstadt trieb eine deutsche Kolonne Morena nach langer Verfolgung über die britische Grenze. Ein Kappolizeisoldat wurde abgehandelt, um den deutschen Offizier vor Überbreiten der Grenze zu warnen, doch dieser legte den Kampf fort, wobei Morena ernstlich verwundet wurde. Von seinen Leuten wurden 27 Mann gefangen und viele verwundet. Morena verbringt jetzt. Nach einer Central-News-Meldung aus Kapstadt hat die Kapregierung durch den dortigen deutschen Konsul formell gegen die Grenzverletzung protestiert.

\* **Stapelplan.** Der auf der Welt „Wulst“ zu Stettin für Rechnung des Norddeutschen Lloyd erbaute Reichspostdampfer, der zu Ehren des Königs Ludwig von Bayern den Namen „Prinz Ludwig“ erhielt, ist Sonnabend mittags glücklich vom Stapel gegangen.

## Deutscher Reichstag.

101. Sitzung vom 12. Mai 1909, 11 Uhr.

Am Vortage: Graf Potzdorff. Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Änderung der Artikel 28 und 32 der Reichsverfassung und des Gesetzes zur Verwirklichung der Gewährung eines Entschädigung an die Mitglieder des Reichstags (Dienstreuegesetz).

Nach § 1 des ersten Entwurfs der Regierungsvorlage sollen die Bestimmungen über den Geschäftsgang, soweit sie nicht selbst den Gegenstand der Tagesordnung bilden, von der Anwesenheit einer bestimmten Anzahl von Mitgliedern nicht abhängig sein. Die Bestimmungen über diesen Gegenstand abgeben, mehr an den Arbeiten des Reichstages mitzuwirken, vor allen Dingen den süddeutschen Abgeordneten. Die zur Verhandlung stehende Vorlage der verbündeten Regierungen gemäß nach der ihr in der Kommission gegebenen Gestaltung den Reichstagsabgeordneten freigelegt auf den deutschen Reichstagen während der Dauer der Sitzungsperiode und eine Aufnahmefähigkeit, welche dem Bedürfnis genügt. Die von uns seit bald 40 Jahren erhobenen Forderungen werden damit erfüllt. Wir stimmen deshalb der Vorlage zu. Durch ihre Annahme wird den Wählern in der Auswahl der Abgeordneten ein freierer Spielraum gewährt und die Abgeordneten die Erfüllung ihrer Abgeordnetenpflicht erleichtert, für welche erst ermöglicht. Durch die Vorlage werden an die Reichstagsmitglieder erhöhte Anforderungen in Bezug auf die Erfüllung ihrer Pflicht gestellt werden. Die Wähler dürfen namentlich auf die stete Teilnahme ihrer Abgeordneten rechnen. Wir versprechen uns vor dem Gesetze eine Verstärkung des Pflichtbewußtseins der Reichstagsmitglieder, deren gemeinsames Merkmal zu dem höchsten Grade des Reiches im Interesse unseres Vaterlandes und unserer Einzelstaaten liegt. Möge das Gesetz einen Markstein in der Geschichte des Reichstages bilden, aus dem neue Kraft entstehen möge. In dieser Zuversicht sind wir in großen und ganzen mit dem Gesetze einverstanden. (Beifall im Zentrum.)

Staatssekretär Dr. Graf v. Posadowski: Ich habe namens der verbündeten Regierungen die Gründe bereits in der ersten Sitzung von Grund aus auseinandergesetzt, die sie beantragt haben, Ihnen die Gesetzesvorlage zu machen. Die Abänderung des § 28 der Reichsverfassung zu beantragen, ist nicht gefahren aus politischen Gründen, sondern lediglich zu dem Zweck, dadurch eine schärfere Erledigung der Geschäfte für die ungescherten Aufgaben, die das hohe Haus in Gemeinschaft mit den verbündeten Regierungen im Interesse des Reiches und des deutschen Volkes zu erfüllen hat, und eine maßgebige Stärkung der formellen Verhandlungen herbeizuführen und zu verschärfen, wenn, was hoffentlich nur ausnahmsweise der Fall sein wird, das Haus nicht in der gesetzlichen Anzahl für die Beschlußfähigkeit versammelt sein sollte, daß durch reine Geschäftsordnungsdebatten die kostbare Zeit des Hauses nicht unnütz in Anspruch genommen wird. Die verbündeten Regierungen stehen deshalb auch heute noch auf der Grundidee, daß die Annahme dieses Gesetzes in dieser Form zur Förderung der Geschäfte des Hauses wesentlich beitragen wird und bitten wiederholt, der Regierungsvorlage zuzustimmen.

Abg. Dr. Arendt (Sp.): Wir bedauern, daß der Staatssekretär Graf Posadowski die Bestimmung der Serabierung der Beschlußfähigkeit für Geschäftsordnungsangelegenheiten nicht als

eine conditio sine qua non bezeichnet hat. Bei der ersten Sitzung ist diese Bestimmung von den Sozialdemokraten und der rechtsseitigen Volkspartei für unannehmbar erklärt worden, während von der Mehrheit der Bestimmungen des § 5 als unannehmbar erklärt worden sind. Es ist mir sehr begreifend, daß die Regierung der Vinten entgegenkommt und diese von der Vinten beanstandeten Bestimmungen nicht vor conditio sine qua non macht, während sie sich der Mehrheit gegenüber anders verhält, die sich gegen Bestimmungen ausspricht, wo ein Nachgeben erheblich leichter gewesen wäre. Wenn § 5 des Diktates gefasst worden ist, so ist nicht nur ein sachlicher Gegenstand, sondern nur ein formale Dinge, die aber für uns überaus wichtig sind. Ich hoffe, daß, nachdem hier der Staatssekretär der Vinten jenseitigen Entgegenkommen gezeigt hat, er auch uns bei § 5 in gleicher Weise entgegenkommen wird.

Abg. Singer (Soz.): Ich will der Regierung keine anderen Worte für die Einbringung der Vorlage unterbreiten als Zweckmäßigkeit. Aber drängen im Falle der Vorlage ein Eingriff in die Rechte des Reichstages handelt (Sehr richtig links.) Einen solchen Eingriff müßten wir aus Rücksicht auf das Ansehen des Reichstages entschieden ablehnen. Nachdem aber dieser Eingriff in der Kommission befürwortet ist, sind für uns die Hauptbedenken gegen das Gesetz fortgefallen, und wir sehen nicht mehr auf einem ablehnenden Standpunkt.

Abg. Westermann (natl.): Die Gründe für die Vorlage sind in der Hauptsache, ein beschlußfähiges Haus zu haben und eine größere Anzahl der Mandatanten zu ermöglichen. Das wird mit diesem Gesetze zu erreichen sein und wir begrüßen es deshalb. Wir erkennen an, daß es der Kommission gelungen ist, eine Reihe von Serabierungen in dem Gesetze vorzunehmen. Wir werden ihm zustimmen.

Abg. v. Staubb (kon.): Ein Satz ist mir in der Erklärung des Herrn vom Zentrum aufgefallen, nämlich der, daß das Mitgliedendepartement der Abgeordneten namentlich geteilt werden würde, und das es möglich sein werde, die Geschäfte besser und schneller zu erledigen. Das ist allerdings auch der öffentliche Zweck der Vorlage. Die erste Vorlage ist von der Regierung als eine Gegenleistung für die Entschädigung an die Abgeordneten aufgestellt worden. Ich bedauere ganz außerordentlich, daß auf diese Gegenleistung von Seiten der verbündeten Regierungen nicht mehr Wert gelegt worden ist. Ich halte es für vollkommen gerechtfertigt, daß man für untergeordnete Dinge in unseiner Geschäftsverfahren nicht ein beschlußfähiges Haus, wie es jetzt wohl geschaffen ist, zu haben braucht. Der Parteienpunkt kommt hier nicht in Betracht, denn es ist außerordentlich zweifelhaft, wie die Bestimmung auf die einzelnen Parteien wirken würde. Wir haben aber selbst zu bestimmen, was gut ist, aber ich möchte doch einmal auf das Ausland exemplifizieren. Der haben wir, und namentlich bei uns, wo Versammlungen seit 600 Jahren bestehen, eine solche Zahl für die Beschlußfähigkeit bei Geschäftsordnungsstadien nicht. Ich bedauere, daß der Staatssekretär in seiner jetzigen Erklärung nicht den leisesten Hinweis darauf gegeben hat, daß dieser § 1 eine conditio sine qua non für den § 1 hinnehmen und können wir bedauern, so wenig Aussicht auf einen Annahme zu haben. (Beifall.)

Staatssekretär Dr. Graf v. Posadowski: Der Vorredner richtet sich an eine solche Adresse. Ich habe hier nicht meine Erklärung abgegeben, sondern eine Erklärung, hinter der die Mehrheit der verbündeten Regierungen steht. Um übrigen hat der Abg. v. Staubb in der Kommission, wo ja mit ihm selbst zu verhandeln war, erklärt, daß er gegen das Gesetz stimmen würde, und ich habe nicht gehört, daß er, wenn § 1 abgelehnt wird, für das Gesetz stimmen wird. (Sehr gut und Beifall links.) Weiter hat der Abg. v. Staubb — das kann ich ihm auch nicht ersparen zu sagen — obgleich er sich als ein prinzipieller Gegner des Gesetzes hinstellte, doch wesentliche Punkte, die darauf hinzielen, den Zweck des Gesetzes in einer politisch höchst bedeutsamen Weise abzufschwächen. (Sehr! sehr! links.) Ich werde nicht dazu bestehen, die Figur zu spielen, als hätte die Reichstagsbeschlüsse für die Annahme der Vorlage entgegenkommen werden können. Ich kann es versichern, wenn eine Partei erklärt: wir haben die schwerwiegendsten allgemeinen politischen Gründe gegen ein Diktatengesetz — das ist ein Standpunkt, der mir vollständig verständlich ist.

(Schluß des Vortages.)

## Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

65. Sitzung vom 12. Mai 1909, 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Bethmann-Hollweg. Vizepräsident Dr. Forch eröffnet die Sitzung.

Der Entwurf über die Einlegung von Bezirksbahnhöfen ist zunächst in dritter Lesung ohne Erweiterung angenommen, ebenso nach kurzer Debatte der Entwurf über die Bewilligung weiterer Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern in staatlichen Betrieben und von gering besoldeten Staatsbeamten.

Es folgt die Interpellation der Abg. Sinder (fr. Sp.) und Genossen über die Ausweisung russischer Staatsbürger.

Die Interpellation der Abg. v. Bethmann-Hollweg erklärt sich zur Beantwortung der Interpellation bereit.

Abg. Traeger (fr. Sp.) begründet die Interpellation. Bei der Interpellation im Reichstage hat der Reichstag durch seinen Vertreter die Beantwortung wegen Unzulänglichkeit des Reichstages gelehrt. Wir haben hier diese Interpellation hier eingebracht, die eine Vorlage sein soll, sondern eine Vorlage, die dem Minister. Es ist natürlich, daß viele in Russland um ihre Güter gebrauchte Russen, und darunter besonders viele Juden, in dem Auslande ihre Zukunft suchen. Daß man nun den wohlhabenden Russen freundschaftlich empfiehlt, innerlich abzuwandern zu verlassen, und andererseits zu den









